

Falsche Arbeitswut

Friedhelm Hengsbach SJ

Frankfurt Rundschau, 5.12.03,27.

Das Ruck- und Aufbruchsfieber der Kanzler-Agenda hat bei Unternehmern und Politikern einen Anfall von Arbeitswut ausgelöst. Ein Reifenhersteller erklärt, die Deutschen sollten sich auf eine Normalarbeitszeit von 43-45 Stunden in der Woche einstellen. Angela Merkel meint, ohne ein bis zwei Stunden pro Woche mehr zu arbeiten, würden wir den Wohlstand in unserem Land nicht bewahren. Ein letzter Alarmruf gipfelt in der Forderung, die verkaufsoffenen Adventssonntage wieder einzuführen.

Manche Argumentationsmuster, die das Verlangen nach längeren Arbeitszeiten stützen sollen, sind krauser als Pumuckls rote Haare. Die 35-Stunden Woche vertreibe Unternehmer aus Deutschland. Sie würden vom Weltmarkt verdrängt, solange sich die deutschen Arbeiter an die kürzesten Arbeitszeiten, die meisten Feiertage und den längsten Jahresurlaub klammerten. Mehr Arbeit ohne Lohnausgleich senke die Arbeitskosten, steigere das Wachstum, festige den Konjunkturaufschwung und senke die Arbeitslosigkeit.

Nun ist ein verschärfter Wettbewerbsdruck auf einzelne Unternehmen, Branchen und Regionen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung unvermeidlich. Längere Arbeitszeiten und drastische Lohnsenkungen sind jedoch kein gangbarer Weg, die Konkurrenz der so genannten Niedriglohnländer abzuwehren. Die meisten Geschäfte deutscher Firmen mit dem Ausland konzentrieren sich ohnehin auf die reifen Industrieländer. Mit ihnen werden Güter ähnlichen Standards und ähnlicher Qualität getauscht.

Güternachfrage, Produktivität und Arbeitszeit sind wichtige Determinanten der Beschäftigung. Steigende Güternachfrage führt indessen nicht automatisch zu mehr Beschäftigung, wenn sie durch höhere Produktivität und/oder verlängerte Arbeitszeiten aufgefangen wird. Umgekehrt bleibt eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Wirkung auf die Beschäftigung, wenn sie durch eine erhöhte Produktivität neutralisiert werden kann, um die vorhandene Güternachfrage zu bedienen. In den letzten 40 Jahren hat der Produktivitätsanstieg eine Erhöhung der Arbeitseinkommen und gleichzeitig eine Verkürzung der Arbeitszeit gestattet. Die Menge der produzierten Güter wurde verdreifacht, das gesellschaftliche Arbeitsvolumen um ein Fünftel gesenkt.

Arbeiten die Deutschen zu wenig? Die Deutschen gibt es nur als Vorstellung. Die tatsächlich geleistete Erwerbsarbeit liegt über der tariflich vereinbarten. Sechs bis sieben Millionen Erwerbsfähigen, deren Arbeitszeit gegen Null tendiert, stehen Erwerbstätige gegenüber, die zu Überstunden genötigt werden oder die bis zur Selbstausschöpfung freiwillig Mehrarbeit leisten. Die durchschnittliche gesellschaftlich nützliche Wochenarbeitszeit der Frauen und Männer ist gleich, deren Anteile an Erwerbsarbeit oder Familienarbeit unterscheiden sich jedoch erheblich. In der Regel entsprechen Arbeitszeit und Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen ihrer Produktivität. Folglich ist unbezahlte Mehrarbeit in der derzeitigen Konjunkturlage unsinnig und schädlich. Sie erhöht die Zahl der Arbeitslosen.

Namhafte Ökonomen meinen, die relativ hohe Produktivität der deutschen Wirtschaft sei eine Folge der „Lohnpeitsche“, induziert durch zu hohe Lohnforderungen. Blieben diese moderat, würde kapitalintensive Technik durch mehr Arbeitskräfte ersetzt. Die Arbeitslosigkeit könnte sinken. Aber vermutlich sind die Produktionsfaktoren Arbeit und Technik nicht wechselseitig austauschbar sondern aneinander gekoppelt. Immerhin klingt es widersprüchlich, wenn eine Gesellschaft, die das Arbeitsvermögen zur kostbarsten ökonomischen Ressource erklärt, vorhandene Kompetenzen ihrer Arbeitskräfte entwertet, indem sie diesen einen Sektor mit geringer Qualifikation und niedriger Entlohnung zumutet.